Innenstadt: Aktionsbündnis Wohnen Ludwigshafen demonstriert für bezahlbaren Wohnraum und menschenwürdige Unterbringung

Protest gegen horrende Mieten

Von Dirk Timmermann

In der Bismarckstraße versammelten sich die Demonstranten mit bunt gestalteten Plakaten. BILD: DIRK TIMMERMANN

Ludwigshafen. „Wohnen ist ein Menschenrecht – es muss für alle realisierbar sein." Nach Überzeugung von Barbara Kohlstruck ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Deswegen hat sich die Dekanin des Kirchenbezirks Ludwigshafen dem Aktionsbündnis Wohnen LU angeschlossen und am Protestzug durch die Innenstadt teilgenommen. Im Rahmen des „Housing Action Day" hatten sich rund 30 Teilnehmer am ehemaligen Knödelbrunnen in der Bismarckstraße versammelt, um für bezahlbaren Wohnraum, menschenwürdige Unterbringung und einen Stopp von Mietpreiserhöhungen zu demonstrieren. Die Route führte über den Rathausplatz, die Ludwigstraße und den Berliner Platz, zeitgleich gab es Kundgebungen in mehr als 40 europäischen Städten.

Ein Grundübel sei die Bodenspekulation, erklärt Melanie Paff, Mitglied des Orga-Teams. Der Wohnungsmarkt dürfe kein reiner Kapitalmarkt werden, Boden gehöre vermehrt in kommunale Hand. Zwar finde in Ludwigshafen sozialer Wohnungsbau durch die Immobiliengesellschaft GAG statt, doch reichten die Schritte nicht aus. Eine „Sozialquote" von mindestens 25 Prozent für alle künftigen Neubaugebiete in der gesamten Stadt fordert deswegen Friederike Rüd, die für die Linken-Fraktion im Stadtrat sitzt und sich im globalisierungskritischen Netzwerk Attac engagiert.

Aktuell werde die Sozialquote in der Stadt „flexibel" gehandhabt, so dass vielerorts zu wenig Platz für Benachteiligte bleibe. Als Negativbeispiel hebt sie die Neubauprojekte in Ludwigshafen-Süd hervor. Der hochpreisige Wohnraum führe aufgrund langgezogener Häuserfronten auch unter Klima-Gesichtspunkten zu Problemen. Wie man es besser macht, zeige ein Blick in die Schweiz: „Boden behalten – Basel gestalten" sei ein Ansatz, der auch in Ludwigshafen bedenkenswert sei.

Aus Sozialbindung gefallen

Das breit aufgestellte Aktionsbündnis – zu den Unterstützern gehören auch das Krankenhaus „Zum Guten Hirten" und die Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft – plädiert für mehr genossenschaftliche Organisationen anstelle von renditeorientierten Großinvestoren, wenn es um die Vergabe von Grundstücken geht. In Ludwigshafen würden inzwischen horrende Quadratmeterpreise aufgerufen. Eine nicht weniger problematische Dynamik habe sich bei den Mieten entwickelt. Seit 2002 seien sie um 20 Prozent gestiegen. Hunderte Wohnungen seien zudem aus der Sozialbindung gefallen. Bereits 2019 hätten 43 Prozent der Ludwigshafener mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufgewendet. Gefragt seien Instrumente, um die Mietpreisspirale zu stoppen. Nicht zuletzt gehe es darum, Menschen in würdevoller Weise unterzubringen.

Die Einweisungsgebiete rund um die Bayreuther Straße gehörten nach den Vorstellungen des Aktionsbündnisses aufgelöst und die Bewohner dezentral in der Stadt verteilt. Flüchtlinge sollten nicht länger in Sammelunterkünften leben. „Wir müssen den Menschen auf Augenhöhe begegnen", lautet die Prämisse, unter der die Initiative insbesondere in Corona-Zeiten „eine Stadt für alle" gestalten will. Nun liege es an der Politik „endlich zeitnah Veränderungen herbeizuführen".

Mannheimer Morgen 29.03.2021